

# Debatte über Freundschaft und Minderheiten

Bornheim möchte gemeinsam mit der Partnerstadt Zawiercie für LGBTIQ+-Rechte kämpfen

VON FRANK ENGEL-STREBEL

**Bornheim.** In mehreren Städten und Regionen Polens wurden 2019 Resolutionen gegen schwule, lesbische, trans-, bi- oder intersexuelle Menschen gefasst, für die sich international der Sammelbegriff LGBTIQ+ etabliert hat. Regierungsbezirke, Landkreise oder Gemeinden des EU-Landes wurden zu LGBTIQ+freien Zonen deklariert. Gegen diese Diskriminierung setzte der Bornheimer Stadtrat nun ein deutliches Zeichen und folgte mehrheitlich ei-

ner Empfehlung aus dem Bürgerausschuss, mit der polnischen Partnerstadt Zawiercie Kontakt aufzunehmen und die gemeinsame Entwicklung eines LGBTIQ+-freundlichen Programms anzubieten: „Wichtig ist, dass dies in einer respektvollen Form geschieht, die unserer Partnerstadt nicht das Gefühl vermittelt, hier soll eine moralische Belehrung stattfinden“, heißt es in der Verwaltungsvorlage. Genau das sahen Paul Breuer und Björn Reile von der ABB (Aktive Bürger Bornheim), die als einzige gegen den Beschluss

stimmten, anders. Eine emotionale Diskussion im Rat folgte. In Zawiercie werde dies als Einmischung in die innersten Angelegenheiten des Staates empfunden, argumentierte Breuer. Die Stadt solle sich dort heraushalten, da lediglich eine Minderheit betroffen sei: „Hierfür möchten wir die Freundschaft mit Zawiercie nicht gefährden.“ Sowieso hätten „die Polen“ nicht vergessen, was ihnen mit dem Einmarsch der Deutschen damals angetan worden sei.

Bürgermeister Christoph Becker (parteilos) entgegnete:

„Wenn wir den europäischen Geist leben wollen, muss dies in den Kommunen im gemeinsamen Austausch geschehen und nicht in Brüssel. Wir sind eine Wertegemeinschaft.“ Alle anderen Fraktionen positionierten sich umgehend eindeutig gegen die ABB. Anna Peters (SPD): „Wenn Menschen anderswo diskriminiert werden, müssen wir helfen.“ Fraktionskollege Thomas Schmitz merkte an, zu einer Freundschaft gehörten auch Hilfe und Austausch. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wilfried Hanft erklärte: Wir begrüßen diesen

Vorschlag. Die Stadt hat hier eine respektable Form gewählt.“ Dem pflichteten auch Linda Taft und Markus Hochgartz (Grünen) bei: „Uns darf es nicht egal sein, wie mit Minderheiten in anderen Ländern umgegangen wird. Wir wollen aber nicht den moralischen Zeigefinger heben.“ Jörn Freynick (FDP) forderte, „so diplomatisch wie möglich“ vorzugehen. Für die CDU fand Michael Söllheim es „eine Selbstverständlichkeit“, diesem Antrag zu folgen. Auch Dirk König (UWG/Forum) sah „kein Problem“ darin.